Posener Zeitung.

№ 241. Sonntag den 15. Oktober. 1848.

Zum 15. Oktober 1848.

Du Preußenvolk, neu aufgeblüht,
Für freie Zukunft wach,
Die Treue ist Dir nicht verglüht:
Noch gilt Dir dieser Tag!

Blick' auf zu Deinem Königsthron,
Umhüllt von Wettergraun,
Halt fest am edlen Zollernsohn,
In Liebe, in Vertrau'n.

Wohl lagert um den Königsthron
Die prüfungsreichste Nacht:
Hat's nicht mit recht Erkor'nen schon
Oft so der Herr gemacht?

Hoch, höher schwillt der Zeiten Fluth,
Gefährdend deutsche Art:
Bewahr', o Volk, den frommen Muth,
Der Kraft und Liebe paart.

Und Du, o König ernster Zeit,
Wirst mit dem Volke bau'n,
Dem Volke ist Dein Herz geweiht,
Nur vorwärts wirst Du schau'n.

Weit hinter Dir die alte Welt,
Vor Dir die hehre That,
Wohlauf denn, in der Neuzeit Feld
Zu sä'n der Freiheit Saat.

Helf Gott Dir schalten treu und gut
Mit anvertrautem Pfund:
Dann fließt für Dich der Preußen Blut,
Fest steht ihr Königsbund!

Inland.

Berlin, den 13. Okt. Der bisherige Justiz-Kommissarius und Notarius zu Posen, Landgerichts-Rath von Gizycki, ist mit dem Charakter als Justiz-Rath zum Justiz-Kommissarius bei dem Geheimen Ober-Tribunal ernannt; und der bei dem Ober-Landesgerichte zu Magdeburg als Justiz-Kommissar und Notar angestellte Justiz-Rath Berge in gleicher Eigenschaft an das Land- und Stadtgericht daselbst versetzt worden.

△ Berlin, den 12. Oktober. Ein Ausflug in den durch seine Loyalität bekannten Teltower Kreis und in den benachbarten Storkowschen Kreis hat mich überzeugt, daß auch in diesen Gegenden dieser gerühmte Geist der Loyalität anfängt wankend zu werden und Unzufriedenheit an seine Stelle tritt. Der Grund der Unzufriedenheit ist aber oft ein ganz entgegengesetzter. Die Gutsbesitzer treffen vielfache Widersetzlichkeit bei ihren Leuten und werden verstimmt; die dienenden Leute mißverstehen die neue Zeit, stellen unvernünftige Forderungen, können ihre Gewährung natürlich nicht erhalten und werden verstimmt; die Landleute aber wie die Bewohner der kleinen Städte vermissen die gehörige Energie in der Regierung den wühlerischen Bestrebungen gegenüber und werden dadurch verstimmt. Es ist deshalb von dem Teltower Bauernverein eine Deputation nach Potsdam gegangen, um die Versicherung treuester Beihülfe zu geben für den Fall energischen Einschreitens. Die Deputation hat sich zunächst an den Prinzen von Preußen gewandt und durch ihn Auflösung der Nationalversammlung erwirken wollen. Der Prinz hat die Deputation zwar sehr gnädig aufgenommen, sie doch aber zur Erreichung ihrer Zwecke an den Konig geschickt.

Das Kaiser Alexander-Regiment, das in Schleswig-Holstein mitgefochten, ist in dieser Gegend vertheilt; es liegt in Jüterbogk, Trebbin, Mittenwalde, Königs-Wusterhausen und den dazwischen liegenden Dörfern, die zum Theil auch mit Artillerie und Dragonern besetzt sind. Auch in diesen Garde-Regimentern, und namentlich im Alexander-Regiment wird die Unzufriedenheit rege. Die Soldaten sehnen sich nach endlich festem Quartier, sie werden in ihren Kantonnirungen sehr häufig verlegt, bekommen oft schlechte Quartiere und schlechte Löhnung und sprechen sich recht mißvergnügt aus. Wie es heißt, soll deshalb das Alexander-Regiment in diesen Tagen ganz aus der Gegend wieder marschiren und zwar nach Süddeutschland. Die Offiziere des Regiments sind gegen jeden Civilisten sehr zuvorkommend und mehr als höflich.

Berlin, den 13. Oktober. Auf den 27. d. M. ist der Zusammentritt der Oppositions-Mitglieder der verschiedenen constituirenden Versammlungen Deutschlands hier zu der vorläufigen Berathung der Schritte wegen der Constituirung eines neuen Deutschen Parlaments angesetzt. Die Conferenz soll drei Tage dauern.

— Die demokratischen Clubs sind seit einigen Tagen in Aufregung über Hrn. Held, der mit seinen Anhängern in die Sitzungen dringt, indem er es sich znr Aufgabe gemacht zu haben scheint, in alle Clubs, diese mögen nun wollen, oder nicht, als Mitglied einzutreten. In der letzten Sitzung des Volksklubs, wo Hr. Held ebenfalls erschien, kam es deshalb zwischen den streitenden Parteien beinahe zu Thätlichkeiten.

Breslau, den 11. Oktober. Die Leiche des Fürsten Lychnowski wird noch in dieser Woche auf der Eisenbahn hier durch nach Krzizanowitz gebracht werden. Der Fürst hatte besonders viel für unsere Eisenbahnverbindungen gethan, und wird deshalb auch von Seiten der Eisenbahn-Gesellschaft ein ehrenvolles Comitat erhalten. — Am 8. rückten etwa 240 Mann der von dem zweiten Bataillon des 10. Regiments entlassenen Reserven aus Glogau aus, um nach Breslau zu marschiren. Sie hatten eine schwarz-roth-goldene Fahne, zum Zeichen, daß sie Deutsche seien, und wollten diese vorantragen. Sie entfalteten diese mit Hurrah. Da kommandirte der Lieutenant Schall: Halt! und gebot, der Lappen solle augenblicklich heruntergenommen werden; die Deutsche Fahne zu tragen, sei mit den militairischen Grundsätzen nicht vereinbar. Auf die Bemerkung, daß ja auch der König die Deutsche Farbe trage, antwortete er: daran haben wir uns gar nicht zu kehren. Wiederholte Versuche, die Fahne aufzustecken, bedrohte er mit strenger Strafe.

Köln, den 11. Okt. In der Nacht vom 9. auf den 10. kam es in einem Wirthshause in der Kämmergasse zu Streitigkeiten zwischen Bürgern und Soldaten des 34. Regiments, wobei diese Gebrauch von ihren Waffen machten, so daß mehrere Verwundungen vorfielen und im Hause Fenster und Mobilien demolirt wurden. Ein Unteroffizier flüchtete sich, halb entkleidet, durch den Garten bis in einen Garten auf dem Petrus-Pfuhl, wo ihn die Einwohner auf die Straße ließen. Die betheiligten Soldaten sind verhaftet. Die Untersuchung wird herausstellen, auf wessen Seite die Schuld dieses Excesses ist.

Altona, den 11. Oktober. In Folge des Vertrages von Malmoe sind nun alle Gefangenen ausgewechselt worden. Der Halbgefangenen, d. h. der im Dänischen Heere befindlichen Schleswig-Holsteiner, ist in dem Vertrage nicht gedacht worden: sie werden desertiren müssen. Der Gen. v. Bonin wurde am 12. in Rendsburg erwartet. — In dem Kriege sind überhaupt auf dem Kampfplatz gefallen: 8 Offiziere, 11 Unteroffiziere und 95 Mann, darunter 6 Offiziere, 8 Unteroffiziere und 60 Mann Preußen. Verwundet wurden 47 Offiziere, 53 Unteroffiziere und 626 Mann, darunter 27 Offiziere, 31 Unteroffiziere und 387 Mann Preußen. Vermißt werden etwa 100 Mann. In den Lazarethen haben 6000 gelegen, von denen nur 65 gestorben sind; von diesen 54 an ihren Wunden, meistentheils Dänen. 73 wurden amputirt.

Dresden, den 11. Oktbr. Aus Zwickau theilt das Dresdner Journal über den dort vorgekommenen Militairexceß mit, daß der Geist der Widersetzlichkeit nur ein sehr vereinzelter gewesen und daß bereits am 8. Oktober das Bataillon wieder vollständig zum Felddienst ausgezogen ist. Die Wiederverhaftung des gewaltsam befreiten Soldaten Fras hat wegen Krankheit desselben noch nicht stattfinden können. Am 10. Okt. ist der Minister Oberländer in Begleitung des Generals v. Schirnding nach Zwickau abgegangen. — Der Einmarsch der königl. Sächsischen Truppen ins Großherzogthum Weimar ist auf das Verlangen der dortigen Regierung erfolgt, welchem der Sächsische General nach den Befehlen der Centralgewalt Folge zu leisten hatte. Unsere Regierung hat von dem Einrücken erst Kenntniß erhalten, als dasselbe bereits erfolgt war.

Weimar, den 11. Oktober. Die Volksversammlung, welche auf den 8. nach Jena bestellt war, wurde zwar abgesagt, indeß kamen doch 4—5000 Bauern zusammen. Denen, welche mit Waffen erschienen waren, wurden diese an den Thoren abgenommen. Nachmittags trat die Bürgerwehr zusammen, da erschienen plötzlich 600 Bauern, und führten mit Musik den steckbrieflich verfolgten Literaten Jäde über den Markt. Jäde hielt noch eine Rede und fuhr dann auf einem Leiterwagen ab, wurde aber von einer Abtheilung Sächsischer Gardereiter angehalten und zurückgebracht, worauf die Stadt militairisch besetzt wurde und die Truppen über Nacht auf den Straßen bivouakirten. In der Nacht wurden auch die übrigen gerichtlich Verfolgten, Lasaurie, Rothe und Lange, in dem Dorfe Dorf-Sulza aufgefunden und verhaftet. Die Sächsischen Truppen werden nun von Jena hier eintreffen, und durch Oesterreicher ersetzt werden.

Altenburg, den 6. Oktober. In der gestrigen Sitzung der Landschaft gab Minister v. Planitz bezüglich der an das Ministerium ergangenen Aufforderung, gleichfalls gegen die militairische Besetzung des Altenburger Landes bei dem Reichs-Ministerium zu protestiren, eine Erklärung ungefähr folgenden Inhalts ab: Wenn die Frage an ihn gestellt werde, ob im hiesigen Lande nicht anarchische Zustände vorlägen, welche eine militairische Besetzung nothwendig machten, so könne er dieselbe mit gutem Gewissen nicht mit Nein beantworten. Dagegen versichert er, daß das hiesige Ministerium, außer am 18. Juni, nie um militairische Unterstützung nachgesucht habe; die Behauptung, daß die mili-

tairische Besetzung des Landes von dem Altenburgischen Ministerium beantragt sei, möge diese Behauptung ausgehen, von wem sie wolle, von dem Sächsischen Minister v. d. Pfordten oder von dem Reichsminister v. Schmerling, müsse er als eine Unwahrheit bezeichnen. (D. A. Z.)

Frankfurt a. M., den 9. Okt. (O.-P.-A.-Z.) In der heutigen 93sten Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung wurde das Gesetz über den Schutz der Reichsversammlung in folgender Fassung zum Beschluß erhoben: „Gesetz, betreffend den Schutz der konstituirenden Reichsversammlung und der Beamten der Centralgewalt. Der Reichsverweser in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom ..... verkündet als Gesetz: Art. I. Ein gewaltsamer Angriff auf die Reichsversammlung, in der Absicht, dieselbe auseinanderzutreiben, oder Mitglieder aus ihr zu entfernen, oder die Versammlung zur Fassung oder Unterlassung eines Beschlusses zu zwingen, ist Hochverrath und wird mit Gefängnißstrafe und je nach Verhältniß der Umstände mit Zuchthausstrafe bis zu 20 Jahren bestraft. (Verbesserungsantrag von Mühlfeld's mit 199 gegen 192 Stimmen.) Wer zu solchen Handlungen öffentlich auffordert, wird nach richterlichem Ermessen bestraft. (Schoder.) Art. II. Die Theilnahme an einer Zusammenrottung, welche während der zu einer Sitzung anberaumten Zeit in der Nähe des Sitzungs-Lokales stattfindet und sich nicht auf die „dreimalige" (Vogt) Aufforderung der zuständigen Behörde oder auf den Befehl des Vorsitzenden der National-Versammlung auflöst, wird bei Anstiftern oder mit Waffen versehenen Theilnehmern mit Gefängniß bis zu einem Jahr, bei anderen Theilnehmern bis zu 3 Monaten bestraft. (Ausschußantrag.) Die Aufforderung muß mit einem allgemeinen wahrnehmbaren Zeichen, z. B. Aufpflanzen einer Fahne, eines weißen Tuches, mit Trommelschlag oder dergleichen begleitet sein. (Wigard.) Art. III. Es ist während der ganzen Dauer der Reichs-Versammlung verboten, eine Volks-Versammlung unter freiem Himmel in einer Entfernung von fünf Meilen von dem Sitze der Versammlung zu halten. Die öffentliche Aufforderung zur Abhaltung einer solchen Versammlung, die Führung des Vorsitzes oder das öffentliche Auftreten als Redner in derselben wird mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft. Artikel IV. Ein gewaltsames Eindringen Nichtberechtigter in das Sitzungs-Lokal der National-Versammlung, oder thätliche Widersetzlichkeit gegen die mit Ausweisung dort befindlicher Personen Beauftragten, endlich eine im Sitzungslokale von Nichtmitgliedern der Versammlung ausgeübte Bedrohung oder Beleidigung der Versammlung, eines ihrer Mitglieder, Beamten oder Diener verübt, werden, außer der gesetzlichen Bestrafung der Handlung an sich, mit Gefängniß bis zu fünf Jahren belegt. Art. V. Oeffentliche Beleidigungen der Reichsversammlung, auch außerhalb des Sitzungslokales verübt, unterliegen einer Gefängnißstrafe bis zu zwei Jahren. (Mit 226 gegen 161 bei namentlicher Abstimmung). Art. VI. Eine an einem Mitgliede der Reichsversammlung in Beziehung auf seine Eigenschaft oder sein Verhalten als Abgeordneter verübte Thätlichkeit wird, außer der gesetzlichen Strafe der Handlung, mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft. Bei gefährlichen Bedrohungen oder öffentlichen Beleidigungen dieser Art tritt eine Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten ein. (Antrag des Ausschusses.) Wegen solcher öffentlichen Beleidigungen findet eine gerichtliche Verfolgung nur auf Antrag des Beleidigten statt. (Dietzsch aus Saarbrücken.) Art. VII. Als eine öffentliche wird jede Beleidigung betrachtet, welche an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Versammlungen stattgefunden hat, oder in gedruckten oder ungedruckten Schriften, welche verkauft, vertheilt oder herumgetragen, oder zur Ansicht des Publikums angeschlagen oder ausgestellt werden, enthalten ist. Art. VIII. Die Bestimmungen der Art. IV. und VI. finden auch Anwendung auf Bedrohungen, Beleidigungen und Thätlichkeiten gegen Beamte der provisorischen Centralgewalt. (Unter 380 Stimmen mit 195 gegen 185 Stimmen angenommen.) Zusatzartikel. Vorstehendes Gesetz tritt in dem Gebiete der freien Stadt Frankfurt mit dem dritten Tage, im Kurfürstenthum Hessen, in dem Großherzogthum Hessen, in dem Herzogthum Nassau, in der Landgrafschaft Hessen-Homburg, in dem Königlich preußischen Kreise Wetzlar mit dem zehnten Tage, in allen übrigen Theilen Deutschlands mit dem zwanzigsten Tage nach dem Tage der Ausgabe des betreffenden Reichsgesetzblattes in Frankfurt in Kraft. (Ausschuß-Antrag.) Die Nationalversammlung beschließt, das Reichsministerium aufzufordern, ungesäumt Einleitungen zu treffen, daß wenigstens die in Art. I. bis IV. bezeichneten Verbrechen auf den Grund der mündlichen und öffentlichen Verhandlungen durch Geschworene abgeurtheilt werden. (Mittermaier.)

Wien, den 10. Okt. Seit gestern nimmt unsere sonst so heitere Hauptstadt immer mehr und mehr den Charakter einer belagerten Stadt an. Gestern Vormittags um 10 Uhr fing die akademische Legion an, die Basteien zu besetzen, in welcher Vertheidigungsmaßregel sie gegen Nachmittag immer mehr und mehr von Nationalgarden derart unterstützt wurde, daß bis gegen Mitternacht die Bewachung der Thore und Verschanzungen der inneren Stadt als ziemlich vollständig angesehen werden konnte. Zweckmäßig müssen wir insbesondere die Aufstellung der Kanonen nennen, die je zu zwei im Kreuzfeuer die Brücken bestreichen können. Somit wäre die innere Stadt, besonders wenn die jetzt mehr als je unzeitige Verdächtigung einzelner Abtheilungen der Nationalgarde durch zweckmäßige Maßregeln bald beseitigt wird, ziemlich gegen alle bedrohenden Angriffe geschützt. Die Vorstädte jedoch und besonders Wieden und Landstraße befinden sich keineswegs im selben Falle. — Ueber Jellachich und seine Schaar erzählt uns ein um 5 Uhr Morgens aus dessen Lager angekommener Reisender folgende Details: Er requirirte auf ganz kriegsgemäße Weise in Schwadorf und der Umgebung eine große Anzahl Brodportionen und analoge Fleisch Quantitäten, welche letztere zum Theil auf gezwungene Weise herbeigeschafft wurden. Gleiches gilt von den Bespannungen. Seine und seiner nächsten Umgebung Aeußerungen über seine Pläne waren die bekannten. Er wolle bloß im Interesse des Thrones die Ruhe und den Frieden in Wien herstellen. Hoffentlich werden aber die vereinten Bemühungen des Reichstages und der Bevölkerung den Frieden und die Ruhe im Weichbilde der Residenz aufrecht zu halten und zu wahren wissen. An der March bei Theben sollen die Ungarn, im Marchfelde der Bauern-Landsturm sicherem Vernehmen nach bereit stehen, um den Wienern auf den Ruf zu Hilfe zu ziehen.

— So eben (halb 3 Uhr) wird in der Stadt Allarm getrommelt, auf die Nachricht, daß Jellachich in Fischament ankam. Freiwillige sammeln sich am Stephansplatze und das Kärnthnerthor wird geschlossen. — Heute gegen Mittag sind drei im Nordbahnhofe angelangte, und von Prag über Wien an Jellachich adressirte Waffenladungen aufgegriffen, auf drei großen Wägen zur Universität gebracht und von dort zum Ober Commando escortirt worden. — In der heutigen Reichstagssitzung wurde berichtet, daß man einen Commissär an Auersperg geschickt habe, mit der Weisung, in die Casernen zurückzukehren und seine Stellung aufzugeben. Das Ministerium sandte eine Depesche an Jellachich, in der es sich feierlich verwahrt, Wien zum Schauplatze des Ungarisch-Kroatischen Krieges zu machen. Um Einheit in die Vertheidigungsmaßregeln zu bringen, wurden dem Gemeinderath und Oberkommando die nöthigen Vollmachten gegeben. — Die Abend-Sitzung beginnt um 6 Uhr.

— Graf Auersperg hat trotz aller Drohungen des Volkes Militair-Verstärkung erhalten. Es sind aus Böhmen Truppen herbeigekommen, die bei Klosterneuburg über die Donau schifften. Daß die Gesammtmacht des Generals, wie es heißt, jetzt wirklich 15,000 Mann betrage, scheint sich hierdurch zu bestätigen. In der Stadt ist Alles auf den Angriff und auf die Vertheidigung vorbereitet; die verschiedenen Parteien scheinen sich vereinigt zu haben, und 1500 steyrische Freiwillige sind so eben in die Stadt eingezogen.

Prag den 9. Oktober. (Const. Bl.) Heute Nachmittags fand auf dem Rathhause eine Versammlung mehrerer der hier anwesenden Reichstagsdeputirten (es befinden sich deren bereits 17 in Prag) und des Stadtverordneten-Collegiums statt, um die Schritte zu berathen, die durch die Wiener Ereignisse für unsere Stadt und unser Land als nothwendig erscheinen dürften. Palacky gab einen langen ausführlichen Bericht über die Wiener Oktober-Revolution mit vielen Ausfällen auf die deutsche und magyarische Demokratie, eine Rechtfertigung Jellachichs, und die Behauptung, die Stütze der Dynastie seien jetzt nur die Nord- und Südslawen. Rieger sprach über dieselbe Angelegenheit und erzählte einige interessante Details über die Begebenheiten, die der blutigen Wiener Katastrophe vorangegangen waren. Hierauf wurde ein Manifest berathen und nach langer und heftiger Debatte angenommen und von den anwesenden Stadtverordneten und dem Bürgermeister unterzeichnet.

Dieses Manifest lautet: Aufruhr, Mord und Gewaltthat hat in Wien die Garantieen der Freiheit in Frage gestellt; der Partei des Umsturzes ist es — wir sind überzeugt, gegen den Willen der Majorität der biedern Bewohner Wiens — gelungen, unsern constitutionellen Kaiser-König zur Flucht zu veranlassen, den Reichstag zu terrorisiren, in welchem jetzt die bisherige Minorität ohne Rücksicht auf Ordnung und Gesetz illegale Beschlüsse faßt. Im Namen und im Sinne der loyalen Bevölkerung Prags protestiren wir gegen alle im Reichstage ungesetzlich gefaßten Beschlüsse, wir protestiren gegen eine Versammlung, welche in beschlußunfähiger Minderheit, ihr Mandat überschreitend, die exekutive Gewalt an sich zu reißen versuchen sollte. In dem gewaltsamen Sturze eines Ministeriums, welches in Uebereinstimmung mit der Majorität der freien Vertreter eines freien Volkes handelt, sehen wir nicht die Erhebung einer edlen Nation für ihre unterdrückten Rechte, sondern nur verbrecherischen Aufruhr und Anarchie. Wir erklären unsere Anhänglichkeit an die Dynastie, an die constitutionell-demokratische Monarchie, wir erklären fest und feierlich, daß ein einiges, selbstständiges Oesterreich wieder erstehen soll aus dem Chaos, welches perfide Organe des Umsturzes heute aus Oesterreich gemacht. Nur in einem selbstständigen Oesterreich kann Böhmen, kann seine Hauptstadt gedeihen. Wir vertrauen dem Kaiser und bauen fest auf sein kaiserliches Wort, ohne Furcht vor dem hohlen Gespenste der Reaction, mit welchem ein irregeleiteter Theil der Bevölkerung sich schrecken, sich mißbrauchen läßt von einer Partei des verbrecherischen Umtriebes; in dieser Partei allein liegt die Gefahr der wahren Volksfreiheit. Böhmens Bevölkerung erwartet, Treue und Anhänglichkeit bietend, auch Treue von seinem König! Wir fordern Prags loyale Bewohner auf, durch festes, inniges Zusammenstehen Ordnung und Ruhe aufrecht zu halten, jede Aufreizung geschäftiger Agenten der Wiener Umsturz-Partei entschieden von sich zu weisen und aufmerksam zu verfolgen. Wir warnen die Einwohner Prags vor den Gefahren jenes anarchischen Treibens, das Böhmen in Unglück und ewige Dienstbarkeit zu schlagen gedenkt; darum haltet fest und treu zusammen; uns Böhmen sei der geschichtliche Ruhm vorbehalten, aller Verdächtigung zum Hohn eine treue Stütze geblieben zu sein der Monarchie!

Eintracht giebt Kraft, darum bewahret die Eintracht, in ihr liegt der Sieg über unsere Feinde, wie über unsere Verleumder.

Pesth, den 5. Okt. Unter den aufgefangenen Briefen des Jellachich befindet sich auch ein „Liebesbrief" (so lautet der wörtliche Ausdruck des Landtagsprotokolls) desselben an die Erzherzogin Sophie. Jellachich wird seitdem hier der Sophist genannt.

Triest, den 6. Okt. Die Aufregung, welche schon einige Tage hindurch unsere Stadt bewegt, ist zu einer förmlichen Gährung geworden und wir stehen vielleicht am Morgen ernster Ereignisse. Schon seit einigen Tagen zeigte sich an den Wänden und Läden der Häuser manche den Behörden feindliche Aufschrift. Heute Morgen las man allenthalben: Abbasso il Magistrato! Morte al Preside! In diesem Momente (10 Uhr Vorm.) höre ich, daß der Magistratspräses abgedankt habe. Ein Beamter der städtischen Kasse hat, wegen eines Kassenminus eine Ehrenwache erhalten. Das Deficit soll 6000 Fl. betragen. — Nachschrift. Soeben vernehme ich, daß in Parma viele Soldaten durch Gift um-

gekommen sein sollen. Heute Nacht ist eine Abtheilung des Regiments Heß dahin abgegangen und eine Abtheilung von Kroaten geht nach Cilli und weiterhin an die steierisch-ungarische Grenze, um einem Ueberschreiten derselben von Seiten der Ungarn entgegenzuwirken.

Ausland.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, den 5. Okt. Der Adel in Bessarabien hat der Armee 600 Stück Rindvieh geschenkt. Der Kaiser hat zu dem Bericht eigenhändig bemerkt: „Zu danken und anzunehmen." Der Adel von Woronesh hat eben so 50 Ochsen gestellt.

— Aus dem Kaukasus wird wieder von einer glänzenden Waffenthat der Russischen Armee an der Labalinie berichtet. In dem Berichte heißt es: Auf den Höhen des Kuban, in der Gegend der Festung Chumarinskaja, besichtigte der Ober-Befehlshaber die neuen Steinkohlen-Gruben, mit deren Bearbeitung in den Jahren 1846 und 1847 begonnen wurde. In der Zeit vom 13. Januar bis zum 13. August d. J. sind bereits gegen 75,000 Pud, und seit dem Beginne der Arbeiten überhaupt 200,000 Pud dieses für das waldarme Gouvernement Stawropel so überaus werthvollen Brenn-Materials gewonnen worden. Die Kohle ist von ausgezeichneter Güte; die Schürf-Arbeiten haben einen günstigen Fortgang und durch die Kohlen-Ausbeute wird dem seitherigen Mangel an Brenn-Material auf das vollständigste abgeholfen."

Italien.

Die Stadt Livorno will eine Deputation nach Florenz schicken, mit folgenden Anträgen: 1) Das Volk von Livorno bleibt mit Toscana vereinigt und dem constitutionellen Fürsten treu. 2) Es verlangt unbedingte Amnestie. 3) Der normale constitutionelle Zustand kehrt zurück; die außerordentlichen Gewalten hören auf. 4) Ein Mann, der das Vertrauen des Volkes besitzt, wird zum Gouverneur von Livorno bestellt. — Werden diese Anträge verworfen, dann wird das Volk berathen, was es zu thun hat. — Unterdessen ist ein Sicherheits-Ausschuß eingesetzt, um für die Ruhe der Stadt zu sorgen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Dreiundsiebenzigste Sitzung, vom 12. Oktober.

Eröffnung 9 Uhr. Präsident Grabow. Das Protokoll wird ohne Bemerkung angenommen. Mehrere Urlaubsgesuche, unter andern das des Dr. Jacoby auf 14 Tage werden genehmigt.

Der Berichterstatter, Abgeordneter Lüdicke, verliest den Bericht über den 1sten Titel der Verfassungsurkunde.

Präsident: Wir kommen zur Berathung der Einleitung. Dieselbe lautet nach dem Entwurf: Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen thun kund und fügen zu wissen, daß Wir mit den nach dem Wahlgesetz vom 8. April 1848 gewählten und demnächst von Uns zusammen berufenen Vertretern Unseres getreuen Volkes die nachfolgende Verfassung vereinbart haben, welche wir demnach hierdurch verkünden.

Folgende Amendements werden dazu verlesen:

Abg. Treiber beantragt die Berathung über die Einleitung bis nach Beendigung der ganzen Verfassungs-Berathung auszusetzen.

Mätze beantragt die Formel: Wir Friedrich Wilhelm, König von Preußen, verkünden hiermit die von den Vertretern des Volkes beschlossene Verfassung.

Schneider beantragt als Titel: Wir Friedrich Wilhelm, König der Preußen.

Potworowski will den Titel Großherzog von Posen beibehalten baben.

Für den Fall der Annahme dieses Amendements will Geßler: Daß nach dem Titel König von Preußen u. s. w. gesetzt werde.

Schneider: die Frage ist so zart, daß sie kaum hier behandelt werden kann. — Ich will also einmal von Gottes Gnaden streichen, und statt König von Preußen, König der Preußen setzen. Der Titel von Gottes Gnaden rührt aus der Zeit, wo der Fürst als Allerhöchster noch eine Stufe über dem Höchsten stand (Bravo), wo Er allein der Herr, die Anderen seine Sclaven waren. Diese Zeit ist vorüber. Friedrich der Große warf zuerst den Blitzstrahl in diese Finsterniß. Aber er zündete nicht. Erst später bewies die Revolution, daß auch das Volk von Gottes Gnaden ist. (Bravo.) Zweitens will ich statt König von, König der Preußen. Die Zeit ist vorbei, wo die Staaten Eigenthum der Fürsten waren; jetzt ist der Fürst selbst Staatsbürger. Die Central-Abtheilung wollte König von Preußen, weil das Großherzogthum Posen zu Preußen gehöre; aber wenn die Polen zu Preußen gehören, sind sie auch Preußen. Zudem gehören sie nur vorübergehend zu Preußen; wir brauchen im Titel ihre dauernde Angehörigkeit nicht auszusprechen. (Bravo.)

Walter für den Entwurf: Das Wort bedeutet zugleich das Land und die Einwohner; daraus widerlegen sich die Gründe des Abg. Schneider. Sagte man König der Preußen, müßte man hinzusetzen Großherzog der Polen, und da es noch außer Preußen Polen giebt, der posener Polen, und da es in Posen auch Deutsche giebt, der posener Polen und Deutschen. Ich halte es im Interesse der Völker selbst, daß die Fürsten stets daran erinnert werden, daß, wenn wir sie auch für unverantwortlich erklären, es eine Macht giebt, der sie stets verantwortlich bleiben. (Bravo, Zischen.)

Weichsel (zu einer faktischen Berichtigung): Das ganze Metternich'sche System war auf die Worte von Gottes Gnaden basirt. (Bravo.)

Präsident: Das war keine faktische Berichtigung! (Gelächter.)

Borchardt: Die Formel paßt nicht in eine Constitution, die das Volk mit seinem Blut erkauft hat. Es hing am 19. März vom Volke ab, ob der König bleiben sollte; darum ist er seitdem König kraft des Willens des Volks. (Bravo.)

Daniels: Hätte ich plötzlich über einem Erlaß gefunden: König der Preußen, ich hätte mich in die Zeit der Barbarei zurück versetzt geglaubt; da gab es Könige der Burgunder, der Vandalen u. s. w. Die damaligen Könige hatten Heere, aber kein Gebiet. Das Zeichen der Civilisation ist die territoriale Begränzung der fürstlichen Macht. — Um den Ausdruck von Gottes Gnaden zu erklären, muß ich noch einmal in die graue Vorzeit zurückgehen (Gelächter.) Attila hieß Geißel Gottes; der Titel Gottes Gnaden ist ächt germanisch (Bravo).

Siebert: Alle Erdenbürger sind gleich. Der König ist $\frac{1}{10000000}$ des preußischen Volks, wie jeder Tagelöhner. Das Gefühl dessen muß den König glücklicher machen, als wenn er kraft einer Eigenschaft König wäre, die kein vernünftiger Mensch mit ihm würde theilen wollen.

Minister des Innern: Ich erinnere Sie an die Engländer. Wir Alle sind von Gottes Gnaden. Aber es war der Titel von jeher ein Vorrecht der Könige. Der Titel soll nicht den Stolz der Könige bezeichnen, sondern sie zur Demuth veranlassen. Der Titel erscheint nicht allein vor der Verfassungsurkunde. Sie haben schon viele Gesetze berathen, an dessen Spitze er stand. Der Titel ist ein Besitz der Krone, der Niemand schadet; was kann Sie bewegen, diesen Titel aufzuheben? Wenn ferner vorgeschlagen ist, statt König von, König der Preußen zu sagen, so werden sie sich erinnern, daß König von Preußen zugleich das bedeutet, was König der Preußen; wir können uns glücklich schätzen, daß wir ein Wort besitzen, das beide Bedeutungen vereinigt.

Kruhl: Ich bin für den Entwurf. Der Titel von Gottes Gnaden, erinnert mich allerdings daran, daß nicht Alle gleich sind, daß es Herren und Diener giebt. (Unruhe.) Was den Titel König der Preußen angeht, so bemerke ich, daß König nie Eigenthümer bedeutet hat; wäre das aber, so wären wir nach diesem Titel ja erst rechte Sklaven. Wollte ich verdächtigen, so würde ich in dem Vorschlag eine gewisse Perfidie finden. (Gelächter.) Es werden noch mehrere Amendements verlesen.

Temme und Lisiecki: Zu setzen statt „König der Preußen" König von Preußen und Großherzog von Posen.

Parrisius: Die Einleitung so zu fassen: Wir Friedrich Wilhelm, König von Preußen, verkünden hiermit die mit den Vertretern des Volks vereinbarte Verfassung.

Hildenhagen gegen den Entwurf. Die Versammlung ist ermüdet; die ferneren Redner werden mit großer Unaufmerksamkeit gehört.

Präsident: Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, die Debatte zu theilen. (Ruf: Wir sind nicht beschlußfähig! — Viele Abgeordnete hatten sich entfernt. — Pause.)

Präsident: Jetzt sind wir wieder beschlußfähig. Ich schlage also vor, getheilt zu berathen über den Titel von Gottes Gnaden, über den Titel König von oder der Preußen, über den Titel: Großherzog von Posen, endlich darüber, ob die Verfassung beschlossen oder vereinbart erklärt werden solle. Vor Allem aber möchte ich den präjudiziellen Antrag von Treiber, die Einleitung bis ans Ende zu lassen, entscheiden. Die Versammlung tritt dem bei. Der Treiber'sche Antrag wird verworfen.

Uhlig trägt auf Schluß der Debatte über den Titel von Gottes Gnaden an: Entweder ist er ein leeres Wort, dann haben wir Wichtigeres zu thun, als unsere Zeit damit hinzubringen. Oder er ist der Faden, der uns in den alten Zustand zurückführen soll; dann haben wir nichts Eiligeres zu thun, als ihn abzuschneiden. Oder er beruht auf einem religiösen Motiv; dann hat die Debatte gezeigt, daß die ihn streichen wollen, nicht die göttliche Gnade verkennen, sondern sie auf das ganze Volk ausdehnen wollen. (Bravo!)

Schultz (von Delitzsch): Wenn eine Gesellschaft Bankerutt gemacht hat, pflegt man die Firma nicht mit ins neue Geschäft hinüber zu nehmen. Der Gesellschafter von Gottes Gnaden hat früher für die Zahlung einstehen müssen; nun er bankerutt geworden ist, muß man ihn fahren lassen. (Gelächter.) Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Präsident: Ich stelle also die Frage: beschließt die Versammlung, den Titel von Gottes Gnaden zu streichen? Von allen Seiten wird auf Namensaufruf angetragen. Mit Ja stimmte Kämpf, v. Lipski, v. Lisiecki, Leo, Moritz, Overbeck, Puttkammer, Schultz (Delitzsch), Unruh, Uhlig, Behnsch, v. Berg, v. Besser, Bucher, Dallmann rc.; mit Nein Harkort, Kühnemann, v. Meusebach, Auerswald (Frankf.), Bornemann, Bredt, v. Brünneck rc.; es fehlen Milde, Hansemann, Kühlwetter, Jakoby, Nees, Schulz (Wanzleben), Auerswald (Rosenberg), Baumstark u. s. w. Die Worte „von Gottes Gnaden" werden gestrichen. 217 stimmen für die Streichung, 134 dagegen (51 fehlen).

Das Amendement Schneider's „König der Preußen" statt von Preußen wird, da namentliche Abstimmung verlangt wird, von Herrn Schneider zurückgezogen, und der Passus „König von Preußen" einstimmig angenommen.

von Potworowski: Temme und Lisiecki tragen auf Beibehaltung der Worte „Großherzog von Posen" an, um die Krone an ihre Verpflichtungen gegen die Polen zu erinnern.

Geßler dagegen: Man verwechselt immer die Posensche mit der Polnischen Frage. Auch ich wünsche eine Wiederherstellung des Königreichs Polen, aber im Namen der Deutschen, die von ihrer Heimath nicht getrennt sein wollen, und auch im Namen der Polen, die ich mit vertrete, und die eine sichere Freiheit gegen eine unsichere Zukunft nicht aufgeben wollen, protestire ich gegen das Amendement Potworowski's. Auf die Wiener Verträge darf man sich nicht berufen in einer Versammlung, die schon so oft erklärt hat, daß alte Verträge nichts gelten. Es ist übrigens noch sehr die Frage, ob der Polnische Theil des Großherzogthums nach der Demarkation noch den Namen, wie bisher, wird führen können, zumal die Stadt Posen zum Deutschen Theil geschlagen werden soll.

Minister Eichmann: Selt 1815 ist eine wesentliche Veränderung mit dem Großherzogthum vor sich gegangen: der größte Theil der Deutschen Bevölkerung ist in den Deutschen Bund aufgenommen worden. Der Zusatz „Großherzog von Posen" sondert die Deutschen Elemente nicht von den Polnischen.

Kämpf trägt auf Vertagung der Debatte an, bis die Kommission über Posen referirt hat.

Behnsch (zu einer faktischen Berichtigung): In der Erklärung des Herrn Ministers fehlte nur das Eine: Die Deutsche Bevölkerung gewisser Theile des Großherzogthums ist vorläufig in den Deutschen Bund aufgenommen.

Der Minister des Innern verliest darauf die Beschlüsse der Deutschen Nationalversammlung, aus denen klar hervorgeht, daß ganze Theile des Großherzogthums (der Netze-Distrikt, die Kreise Birnbaum, Meseritz rc.) für immer in den Deutschen Bund aufgenommen worden sind und nur die Demarkationslinie vorläufig bestimmt ist.

v. Sulkowski erklärt die Beschlüsse der Deutschen National-Versammlung für nicht rechtsverbindlich. (Unruhe.)

Bauer (Krotoschin): Es ist nicht passend, bei der Berathung über den Königlichen Titel die Polnische Frage beiläufig entscheiden und über die Nationalität der Deutschen, die auf ehemals Polnischem Boden das Deutsche Vaterland im Herzen tragen, vielleicht für lange Zeit urtheilen zu wollen.

Jung protestirt gegen die Verdächtigung, als wollte die Linke die Deutschen des Großherzogthums unterdrücken.

Kaliski für das Amendement: Man schlägt hier vor, den Namen des Großherzogthums zu streichen und damit die letzte Garantie für die Polen zu rauben. Das wäre Gewaltthat, wie es Gewaltthat war, was in Frankfurt über uns beschlossen wurde. Wie würde es Ihnen gefallen, wenn Dänemark den Namen der Deutschen Herzogthümer striche? In der Metropole Posens ruhen die Reliquien unseres größten Königs; dort werden wir uns nach wie vor versammeln und nach dem Namen Gottes den Namen Polens nennen mit unserem letzten Hauche! Wir sind Polen und werden Polen bleiben. (Beifall.)

Eine Stimme von der Rechten: Ich verwahre mich dagegen, daß irgend Jemand die Beschlüsse der Deutschen National-Versammlung als Gewaltthat bezeichnet! (Unterbrechung.)

v. Potworowski: Ich erkläre in meinem und meiner Landsleute Namen, daß die Beschlüsse der Deutschen Nationalversammlung für uns nicht rechtsverbindlich sind! (Bewegung.)

v. Lisiecki: Es ist eine Schmach für uns, daß wir uns hier auf die Wiener Verträge berufen müssen, die selbst der Absolutismus nicht anzutasten wagte. Ich nehme sie auch nicht mehr in meinen Mund, denn ich liebe und achte den Deutschen und erwarte von ihm, daß er die Freiheit eines anderen Volkes ehren wird. Denn sollte das der Lohn dafür sein, daß wir seit Jahrhunderten die Deutschen mit offenen Armen empfangen haben, daß wir zuletzt von ihnen verdrängt werden, wie der Wirth, der von seinem Gaste aus seinem eigenen Hause entfernt wird. Seit drei Menschenaltern vergießen wir Polen von den sibirischen Eisküsten bis Arabien mittelbar und unmittelbar für unsere Freiheit unser Blut; wir werden es noch zehn Menschenalter hindurch vergießen, bis wir entweder ausgerottet oder frei sind. (Beifall).

Phillips trägt auf Vertagung dieser Debatte an bis zur Diskussion über Artikel 1. Er warnt davor, staatrechtliche Verhältnisse nach dem Gefühl zu entscheiden und hier bei Gelegenheit eines Titels über die Inkorporation Posens zu präjudiciren. Das Recht der Polen, der Deutschen in Posen, unser Verhältniß zur Centralgewalt — alles das will erwogen sein. (Beifall.) Die Versammlung beschließt die Vertagung der Diskussion. Schluß 2 Uhr.

Posen. — Um durch Vereinigung stark zu sein und die Interessen der Volksschulen wie ihrer Lehrer bei der bevorstehenden Reorganisation der Schule kräftiger zu fördern, hat sich hier ein Lehrerverein gebildet, welcher, um desto bestimmter sein Ziel zu erreichen, mit andern Vereinen in Verbindung tritt und besonders den Mittelpunkt der Lehrerbestrebungen unserer Provinz bildet. Darum liegt es in seiner Wirksamkeit, die einzelnen Kreisvereine des Großherzogthums enger zu verbinden und ihr Wirken gegenseitig und einzelnen entfernt wohnenden Lehrern mitzutheilen. Auf den Wunsch der Deputirten zur Provinzial-Conferenz hat er den Namen Central-Lehrerverein für die Provinz Posen angenommen. Zum Organ, das von seiner Wirksamkeit Nachricht giebt, hat er ein pädagogisches Wochenblatt für Eltern und Lehrer ins Leben gerufen, das wöchentlich in ½ Bogen erscheint. Tagesfragen im Lehrerleben, Bücherkunde, Schulnachrichten bilden seinen Inhalt. Jede confessionelle Richtung ist dem Vereine wie dem Blatte fremd, da beide nur die allgemeine Volksbildung zum Ziele haben. Dies den fern wohnenden Lehrern, welche trotzdem, daß ihren Deputirten Prospekte und Probenummern des Wochenblattes zum Vertheilen übergeben worden sind, doch vielleicht vom Bestehen des Vereins wie des Wochenblattes keine Kunde erhalten haben dürften, zur Nachricht, damit auch sie Kreisvereine stiften und mit dem hiesigen Central-Verein sich in Verbindung setzen können. Dem unserer Provinz bisher fehlenden pädagogischen Blatte ist auf jede Weise durch Subscription wie durch schriftstellerische Thätigkeit die kräftigste Unterstützung zu wünschen.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

In unserem Verlage sind erschienen:

Haushaltungs-Kalender
für
das Großherzogthum Posen und die angrenzenden Provinzen
auf das Jahr 1849.

mit zwei Abbildungen: Papst Pius IX. und eine Reise-Karte des Großherzogthums Posen.

Comtoir-Kalender auf das Jahr 1849.

Posen, den 8. Oktober 1848.

W. Decker & Comp.

Bekanntmachung.

Zur Besorgung der Krankenwartung bei unbemittelten Cholera-Kranken haben sich bis heut freiwillig gemeldet:

1) Der Regierungs-Rath a. D., Herr Kolbe von Schreeb, Bäckerstraße im Odeum wohnhaft;
2) der Herr Leviseur jun., wohnhaft Friedrichs-Straße;
3) der Barbier Herr Philippsohn, wohnhaft Wasserstraße Nr. 2.;
4) der Schneidermeister Herr Michael Jasiński, wohnhaft Neue Straße Nr. 4.

Diese Herren sind ersucht worden, den zunächst gelegenen Spezial-Revier-Kommissionen sich anzuschließen.

Posen, den 12. Oktober 1848.

Der Magistrat.

Auktion.

Montag, den 16. Oktober Vormittags von 10 bis 1 Uhr und Dienstag den 17. Nachmittags von 3 Uhr ab, soll die Auktion von Galanterie-Waaren mit neuen hinzugekommenen Gegenständen im Auktions-Lokal Friedrichs-Straße No. 30 fortgesetzt werden.

Anschütz.

Woll-Auktion.

Auf Antrag der Königl. Bank-Kommandite sollen Mittwoch den 18. Oktober, Vormittags von 10 Uhr ab, in der ehemaligen Theresien-Kloster-Kirche in der Schulstraße 9 Ballen Einschur-Wolle und 2 Ballen Lagen-Wolle gegen baare Zahlung öffentlich versteigert werden.

Anschütz.

Daguerreotyp-Portraits,

(Lichtbilder) werden Wilhelmsstraße No. 7. im Hause des Herrn Conditor Beely von mir schnell und sauber angefertigt.

Bernhard Filehne.

Ich wohne jetzt Wilhelmsstraße Nro. 7. im Hause des Herrn Conditor Beely.

Bernhard Filehne,
Buchbinder und Galanterie-Arbeiter.

Ein Hochgeehrtes Publicum habe ich die Ehre hiermit zu benachrichtigen, daß ich mit dem 1. October c. das Hôtel de Paris übernehmen werde, in welchem sich zugleich zur Bequemlichkeit der Reisenden und Einheimischen eine Restauration befinden wird.

Indem ich mich dem Wohlwollen eines Hochgeehrten Publicums hiermit anempfehle, versichere ich gleichzeitig, daß ich mich bemühen werde, jedem Verlangen entgegenzukommen, besonders aber werde ich es mir angelegen sein lassen, was die Ordnung, Reinlichkeit, gute und prompte Bedienung, gute Getränke, und eine anständige und schmackhafte Küche betrifft, den Wünschen meiner geehrten Gäste zu entsprechen.

Dabei bemerke ich noch, daß das besagte Hôtel innerlich mit allen Bequemlichkeiten neu restaurirt und geordnet ist.

Table d'hôte für Fremde und Einheimische findet um halb zwei Uhr statt.

Posen, den 29. September 1848.

Ludwig Eitner.

Mein vollständig assortirtes Lager in kurzen Waaren, Strickwolle und Baumwolle, feinen Stickereien, Französischen Handschuhen, Dresdener Dampf-Chokoladen und Chokoladen-Figuren, ächtes Eau de Cologne, Französischen Parfümerien, besonders gute Seifen 2c., empfehle ich zu den billigsten Preisen.

Ch. Baumann,
Markt Nr. 94. eine Treppe hoch.

Auf dem Wege von Posen nach Kurnik ist mir ein schwarzer Hut in einem schwarzen ledernen Hutkasten, in welchem sich außerdem eine Brieftasche mit Gymnasial- u. Handlungs-Akademie-Zeugnissen und ein Taufschein befanden, verloren gegangen. Den Finder bitte ich um die Abgabe desselben, Breslauer Straße Nr. 33. zwei Treppen hoch.

Posen, den 13. Oktober 1848. M. S.

Zurückgekehrt von der Leipziger Messe zeige ich einem geehrten Publikum an, daß ich mein Lager auf das schönste assortirt habe, welches ich auf das angelegentlichste und billigste empfehle. Gleichzeitig mache ich auf die Veränderung meines Geschäfts-Lokals aufmerksam.

P. Stern geb. Weyl,
Markt- und Neuestr.-Ecke.
Der Eingang ist in der Neuenstraße No. 70.

Cholera-Branntwein bester Qualität ist zu haben bei

H. S. Jaffé,
große Gerberstraße Nr. 20.

Frische Elbinger Neunaugen, frischen Elb-Caviar, ächten Schweizer-, Holländischen und guten Niederungskäse empfiehlt

J. Appel, Wilhelmsstraße, Postseite No. 9.

Ist es recht, daß ein Ehescheidungs-Prozeß schon 7 Jahre dauert und noch kein Ende abzusehen ist?

Ist es recht, wenn ein nicht gar ungeschickter Jurist einer Ehefrau einen Prozeß führt, die ihr Ehemann aus dem Sande erhoben hat, dafür ihn bestohlen und betrogen hat, ihm zwei kleine unmündige Kinder zu seiner Selbstpflege hinterläßt und dann davonläuft?

Kann solchem Rechtsgelehrten dieser Prozeß, den er schon 7 Jahre hinzieht, zur Ehre gereichen, wenn er die Verhältnisse der Partheien kennt? thut er das aus Christenpflicht oder nur um recht viel Mandatariengebühren zu ziehen? dann mag ers bei Gott verantworten, wenn er eine arme Familie unglücklich gemacht hat.

Sollte dieser Prozeß nicht bald auf eine rechtliche Weise zu Ende gehen, so würde man genöthigt sein, auf der Eisenbahn nach Sanssouci zu fahren, damit unser Landesvater erfahre, wie weit es mit seiner Justiz im 19. Jahrhundert gekommen ist. Auf solche Weise wird ein rechtlicher Bürger nur zu Grunde gerichtet.

Ein Bürger.

Der jüdische Herr Witkowski hat einem hiesigen unbescholtenen Bürger Schlechtigkeiten nachgeredet, die er nicht verantworten kann. Es wird ihm gerathen, seine Lästerzunge im Zaume zu halten oder er wird erfahren, was darauf folgt.

Ein Bürger.

Berliner Börse.

Den 13. October 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	73¾	73¼
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	88⅛	87⅝
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	—	80¾
Grossh. Posener »	4	96⅛	—
» »	3½	78	—
Ostpreussische »	3½	—	86⅛
Pommersche »	3½	89¾	89¼
Kur- u. Neumärk. »	3½	88⅝	88⅛
Schlesische »	3½	—	—
» v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	84½	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{11}{12}$	$12\frac{5}{12}$
Disconto	—	3½	4½
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	84½
» Prioritäts-	4	84	—
Berlin-Hamburger	4	[illegible]½	—
» Prioritäts-	4½	89¼	88¾
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	52½
» » Prior. A. B.	4	—	77½
» » »	5	86½	—
Berlin-Stettiner	4	87¼	—
Cöln-Mindener	3½	73¾	73½
» Prioritäts-	4½	—	88¾
Magdeburg-Halberstädter	4	—	102½
Niederschles.-Märkische	3½	—	68
» Prioritäts-	4	81¾	—
» »	5	94¼	94
» » III. Serie	5	—	88½
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	88¼
» » B.	3½	—	88¼
Rheinische	—	—	—
» Stamm-Prioritäts-	4	68	—
» Prioritäts-	4	—	—
» » v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	—	—
Stargard-Posener	4	65¾	65¾

(Mit zwei Beilagen.)

Inland.

Berlin, der 11. Oktober. Der Beschluß der National-Versammlung über Aufhebung der Todesstrafe und die Weigerung des Königs, demselben Gesetzeskraft zu geben, führt uns wiederum an den Rand einer Ministerkrisis. Das Ministerium, wird uns versichert, bestehe auf Sanktionirung des Beschlusses, es sei ihm jedoch bis jetzt noch nicht gelungen, die religiösen und politischen Bedenken, die man höchsten Ortes eingewendet, zu beseitigen. Der Präsident der Nat.-Vers. Hr. Grabow wird heut Nachmittag in dieser Angelegenheit nochmals eine Reise nach Potsdam unternehmen. Der betreffende Antrag der Abg. Temme und v. Lisiecki wird wahrscheinlich übermorgen zur Diskussion gelangen. — Von Herrn Kisker ist das Gerücht verbreitet, daß derselbe auch aus andern Gründen als dem vorerwähnten an einen Rücktritt von dem Justizministerium denke. Thatsachen, die über das Verhältniß des Herrn von Pfuel zu dem Hofe mitgetheilt werden, geben die Ueberzeugung, daß es dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten mit dem in dem Programm verheißenen Weitergehen auf dem „betretenen" constitutionellen Wege in der That voller Ernst ist. — Da der sogenannte Lindenklub durch den nahen Winter in seinem Fortbestehen gefährdet ist, so beabsichtigt sein Präsident, Hr. Müller, denselben für die Dauer der ungünstigen Jahreszeit durch eine Zeitschrift zu ersetzen. Diese wird mit dem 15. Oktober unter dem Titel „der souveräne Lindenklub" mit Illustrationen ausgestattet erscheinen.

□ Berlin den 13. Oktober. Reactionäres Wetter heute; es ist trüb und regnet von Zeit zu Zeit. Unsere Volksvertreter konnten deshalb heute über das Bürgerwehrgesetz die schließliche Abstimmung ohne die Besorgniß vollziehen, daß beim Hinausgehen ihr souveraines Votum mit einem noch souverainern Veto sich vielleicht unsanft berühren werde. Wenig Volk mit conservativen Regenschirmen hatte sich vor dem Schauspielhause eingefunden. Und so konnte geschehen, was geschah: das Bürgerwehrgesetz ist mit großer Majorität angenommen worden. Herr Karbe, der Konditor, der sonst nur da zu sehen ist, wo es Skandal giebt, war trotz der ungünstigen Aussichten, die das Wetter eröffnete, vor der Nationalversammlung. Es nahm das Resultat der Abstimmung mit natürlichem Unwillen auf, bestieg die Treppe der einen Gensdarmenmarkts-Kirche und hielt, obgleich das Vorparlament so dünn besetzt war, mit seinen Süßigkeiten nicht zurück. Er forderte die gesammte Bürgerwehr auf, von dem Gesetze keine Notiz zu nehmen und sich selber eins zu formiren. Wie kühn! Karbe soll König sein oder wenigstens Bürgerwehrmajor.

Man will wissen, daß eine Meinungs-Differenz über die von der Nationalversammlung geforderte Abschaffung der Todesstrafe vielleicht eine Kabinets-Krisis herbeiführen werde.

Breslau, den 12. Okt. (Schles. Z.) Auch heute ist der Mittagszug von Wien ausgeblieben. Das Ausfalls-Signal war rechtzeitig in Oderberg eingetroffen. Ein Reisender, der von Ratibor kam, wollte wissen, daß Jellachich jetzt über eine Armee von 120,000 Mann zu verfügen habe. Ein anderer Reisender berichtete: man habe die Brücke über die Donau bei Wien abgedeckt; vielleicht liegt hierin die Ursache, weshalb der heutige Eisenbahnzug von Wien ausgeblieben ist.

Abends 10 Uhr. Auch mit dem Abendzuge der Oberschlesischen Bahn sind die Nachrichten aus Wien ausgeblieben. Das Ausfallssignal war wiederum rechtzeitig in Oderberg eingetroffen. Nach Gerüchten soll Wien bombardirt werden; die Eisenbahnschienen sind fünf Meilen weit aufgerissen, und die Nationalgarde soll den Grafen Auersperg angegriffen haben.

* Frankfurt a. M. den 6. Oktober. Acht bis zehn Tage nach den Gräuelscenen sah es trostlos, weil zusammenhangslos mit der Majorität aus; jetzt sind die conservativen Clubbs concentrirt und eine sehr solide Majorität gebildet. — Zum Definitivum kommt's vor Weihnachten nicht; bis jetzt ist alle Hoffnung vorhanden, daß der König von Preußen mit immenser Majorität herankommen wird. In den Hessischen Landen ist dee Sinn ganz gut, und die Mehrzahl der Deputirten ist jetzt sich längst klar. Zur Bekehrung der Volksmeinung ist die Truppenpromenade ein probates Mittel. Es ist eine Freude, die Bursche in Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg, Weinheim und selbst hier zu sehen! Ueberall Hahn im Korbe! Dabei hat ihr nettes Wesen und die Bildung, welche ein großer Theil der 35er, 26er, 29er zeigt, einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die Lokalblätter fangen auch schon zu loben an Die Leute selbst sind natürlich auch glücklich. Ich sprach von den oben genannten Regimentern und vom 38. Infanterie- und vom 9. Ulanenregimente einzelne im Badenschen, Hessenschen und in Rheinbaiern. Zufrieden mit der Aufnahme sind sie überall. In Worms und Frankenstein hat man sie triumphirend empfangen. Der Rodbertussche Antrag und die Genehmigung macht hier im Augenblick Furore. Solche Sachen fördern ungemein. — Camphausen ist in seiner jetzigen Stellung ganz gut. Er imponirt. Auf Oesterreich ist in der jetzigen Lage gar nicht mehr zu reflektiren, oder es müssen Wunder geschehen! — Libelt war heut bei Camphausen. Sobald die Demarkationslinie hier ist, werden die Interpellationen vorbereitet. Jetzt wird die Sache in der Presse peu à peu beleuchtet. Morgen versammeln sich die Posener, um einen nichtpreußischen Abgeordneten nach Berlin in die Demarkations-Kommission vorzuschlagen. Das preuß. Ministerium hat von Schmerling einen solchen Commissar verlangt, und dieser forderte die Posener zum Vorschlag auf.

Dresden, den 10. Oktober. Der Vaterlandsverein zu Freiberg hatte vor einiger Zeit eine Petition an das Gesammtministerium abgehen lassen, worin er den Wunsch aussprach, „die Regierung wolle dahin wirken, innige Verschmelzung der Sächsischen Herzogthümer einschließlich der Reußischen und Anhaltinischen Fürstenthümer und des Königreichs Sachsen in der Weise zu erzielen, daß sich schließlich die Bewohner des Meißner und Thüringerlandes als Ein Volk betrachten und unter eine einzige gemeinschaftliche Regierung stellen." Der Freiberger Anzeiger theilt die hierauf eingegangene Antwort des Ministers v. d. Pfordten mit, der wir die Hauptstelle entnehmen: Das Ministerium hat seit seiner Bildung die politische Aufgabe Sachsens, die ja keine europäische, sondern eine rein Deutsche ist, aufgefaßt und bereitwillig zur Einigung der Sächsisch-Thüringischen Lande für Gesetzgebung, Militairverfassung und für die Vertretung bei der Centralgewalt in Frankfurt a. M. die Hand geboten. Die Regierung Sachsens wird nicht ablassen von diesem Bestreben, obgleich es von mancher Seite misdeutet worden ist, um so mehr, als ihre bisherigen Schritte nicht ohne Erfolg gewesen sind. Der rechte Erfolg ist freilich dadurch bedingt, daß solche Ansichten, wie sie von Ihnen in der genannten Petition ausgesprochen sind, in immer weitern Kreisen zur Geltung gelangen. Ich ergreife mit Vergnügen &c.

Wien, den 10. Okt. Auf Ansuchen der K. K. privilegirten Nationalbank und in Folge des am 8. d. gefaßten Beschlusses des Ministerrathes hat das K. K. Justiz-Ministerium erklärt: „daß Wechsel, welche in Wien und in den zum Polizei-Bezirke von Wien gehörigen Ortschaften in dem Zeitraume vom 6. bis 10. Oktober 1848 beide Tage einschließlich, zur Annahme oder Zahlung hätten präsentirt werden sollen, auch noch am 11ten d. M. mit voller Rechtswirkung präsentirt werden könnten."

Krakau, den 11. Okt. (Schles. Ztg.) Die Aufregung ist hier von Neuem in die Gemüther gekommen. Die Wiener Ereignisse konnten nicht ohne Nachwirkung bleiben. Es giebt häufig Konflikte mit Militairs. So war gestern eine Bleifederzeichnung, welche an einer Ecke des Ringes befestigt war, Veranlassung dazu. Diese Zeichnung stellte den gehängten Kriegsminister Latour und den bei letzterem Wache haltenden Metternich mit sehr langer Nase vor. Das Volk hinderte den Polizei-Soldaten daran, die Zeichnung abzureißen, und in Folge dessen entstand eine Prügelei. Der Soldat setzte seinen Willen durch; die Volksmasse schwoll indeß immer mehr an, bis endlich vom Krotschen Hause her eine Patrouille mit gefälltem Bajonett einschritt. Vernünftige Bürger redeten der Masse zu, und diese zerstreute sich. Der Vorfall erschien in seinem Beginn so ernst, daß sämmtliche Läden des Ringes sofort geschlossen wurden und die Höckerweiber eilig die Flucht ergriffen. Des Abends fiel eine größere Prügelei vor, bei welcher einige Soldaten derbe Schläge erhielten. — Vorkehrungen zur Besetzung Krakau's durch die nachbarlichen Russen scheinen getroffen zu sein. In dem eine Meile von hier entfernten Michalowice werden die Letzteren ein großes Lager beziehen. Der Gouverneur von Galizien Zalewski, so wie General Schlick waren zu verschiedenen Malen dort unb haben mehrstündige Conferenzen mit dem Russischen General gehalten. Dem in Krakau stationirten Militair, etwa 7000 Mann stark, scheint übrigens unheimlich zu Muthe zu sein. Die Offiziere haben in den letzten Tagen viel an Humanität gewonnen. Das Menschliche scheint auch bei ihnen in den Vordergrund getreten zu sein.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 9. Okt. Nationalversammlung. Sitzung vom 9. Okt. Präsident Marrast: Die Versammlung verwarf in ihrer letzten Sitzung den Grundsatz der Anträge, den Präsidenten der Republik durch die Nationalversammlung wählen zu lassen. Wir können also zu einer anderen Reihe von Anträgen übergehen, welche verlangen, daß der Präsident zwar durch das Volk, aber im zweiten Grade, gewählt werde. Mortimer-Terneaux und Lacrosse wünschen zu diesem Zweck den Art. 43. der Verfassung dahin geändert: „Der Präsident der Republik wird durch geheime Abstimmung von Wahlversammlungen in den Departementshauptstädten gewählt, welche aus Abgeordneten der Urwahlzirkel (auf 2000 Einwohner ein Abgeordneter) zu bilden sind. Die Abgeordneten sind nach Art. 30. der gegenwärtigen Verfassung zu bestimmen. Sie können kein Imperativmandat erhalten und empfangen dieselben Taggelder, wie die Jury." Lacrosse entwickelt seinen Antrag und verweist hierbei auf das Beispiel der nordamerikanischen Freistaaten. Payer bekämpft diesen Vergleich. Die nordamerikanischen Freistaaten seien nicht auf allgemeines Stimmrecht organisirt, wie die französische Republik vom Februar. Mortimer-Terneaux sucht seinen Antrag zu vertheidigen. Das Volk sei zu unüberlegt, es müsse eine gewisse Sichtung vorgenommen werden. Der Antrag wird verworfen. Paul Souvaistre schlägt vor, der Präsident der Republik solle aus einer Liste von 10 Candidaten, welche die meisten Stimmen vom Volke erhalten, dann von der Nationalversammlung mit absoluter Mehrheit gewählt werden. Verworfen. Larabit verlangt, daß der Präsident der Republik vom Volke mit zwei Drittheilen, statt mit absoluter Stimmenmehrheit, gewählt werde. Verworfen. Marrast: Somit bringe ich den Artikel 43 zur Abstimmung, wie ihn der Verfassungsausschuß neuerdings entworfen. Hiernach lautet er: „Der Präsident der Republik ist durch geheime Abstimmung und mit absoluter Mehrheit aller Wähler der französischen Departements und Algiers zu wählen." Die Linke schreit mit Macht: namentliche Abstimmung. Dies geschieht. Es stimmen 757 Glieder. Dafür 627, dagegen 430. (Sensation). Artikel 44, §. 1., von der Spedition der Wahlprotocolle handelnd, und von keinem Nebenantrage beschwert, wird ohne Weiteres angenommen. Der zweite Absatz (§. 2.) der also lautet: „Vereinigt kein Candidat mehr als die Hälfte, oder sind die im Artikel 42 festgestellten Bedingungen nicht erfüllt, so wählt die Nationalversammlung den Präsidenten unter den fünf Candidaten, welche die meisten Stimmen zählen." Mehrere Glieder schlagen den Zusatz vor „und wenigstens 3 (andere 2) Millionen Stimmen zählen." Wird verworfen und die Ausschußfassung angenommen. Art. 42 (welcher reservirt worden war) kommt nun zur Berathung. Er lautet: „Der Präsident muß Franzose, 30 Jahre alt sein, und darf nie die Eigenschaft eines Franzosen verloren haben." Hierüber entspinnt sich eine sehr stürmische Debatte. Deville trägt auf Ausschluß aller Sprößlinge früherer französischer Herrscher an. Sein Antrag lautet: „Die Präsidentschaft darf keinem Oberoffizier, noch einem directen oder collateralen Gliede der Familien verliehen werden, die über Frankreich regierten." Deville sagte: Ein gebildetes Volk darf sich von keinem Soldaten beherrschen lassen. Die Geschichte unterstütze seinen Antrag auf jeder Seite. Ehrgeiz, Zuchtliebe und hierarchischer Geschmack

(Tumult) seien Eigenschaften, die sich mit einem weisen Staatsoberhaupt schlecht vertrügen. Frankreich hätte schon einmal eine rothe Republik gehabt, seit 35 Jahren besitze es aber eine weiße, die in den letzten Zügen liege, und die der rothen Republik, welche aus 35 Mill. Franzosen bestehe, den Todeskampf liefern wolle. (Gelächter). Keine Säbelherrschaft, kein ewiges Belagerungsgesetz, keine ewigen Preßfesseln (Unterbrechungen)! Ich weiß wohl, daß wir keinen 26jährigen General an der Spitze haben, aber es wäre unvorsichtig, einen andern jungen Mann zum Präsidenten zu wählen. (Stimme: Man wird Sie an die Spitze des Staates stellen!) Dieser Hieb traf mich nicht. (Gelächter). Der Redner warnt vor der rothen Republik, die nicht so krank sei als man glaube und sieht große Katastrophen in nächster Zukunft voraus. (Großer Lärm). Antony Thouret schlägt vor: „kein Glied irgend einer Familie, die über Frankreich herrschte, kann zum Präsidenten der Republik erwählt werden.“ Napoleon Bonaparte (Jerome's Sohn) sagt: Ich hatte die Absicht, einige Worte gegen das Amendement zu sprechen. Da ich jedoch erfuhr, daß die Commission, oder der Verfassungsausschuß schon den Antrag verworfen, so überlasse ich es ihren Gliedern, unsere Vertheidigung zu übernehmen. Woirhaye spricht zu Gunsten der Napoleoniden. Eine Königliche Geburt sei in der That eine schlechte Republikanische Erziehung, jedoch mit dem Namen Napoleon sei dieß eine andere Sache. Napoleon sei ein Volksname, er gelte beim Volke als Vertretee seiner Interessen, und es sei unvorsichtig, einen Bannfluch gegen dessen Sprößling, rücksichtlich der Präsidentenwahl, auszusprechen. Lacaze, Legitimist, gegen das Amendement. Louis Napoleon Bonaparte steigt von seinem Platze, dem Berge links, und begiebt sich auf die Bühne: „Bürger!“ beginnt er unter allgemeinem Stillschweigen, „ich trete nicht auf, um das Amendement zu bekämpfen. Ich fühle mich schon glücklich genug, in der Mitte meiner Mitbürger zu sein, um einen anderen Ehrgeiz zu besitzen. In meinem Namen will ich daher nicht gegen die Verläumdungen reclamiren, so wie gegen den Titel eines Prätendenten, den man mir fortwährend vorwirft. Aber ich nehme im Namen von 40,000 Wahlbürgern das Wort, die mir die Ehre erwiesen, mich zu erwählen, um die Benennung eines Prätendenten hiermit zu verläugnen.“ (Stimmen: Sehr gut! Sehr gut! Große Aufregung im ganzen Saale.) Antony Thouret will seinen Antrag retten, wird aber kaum gehört. Der Antrag wird verworfen. Ebenso alle übrige Anträge derselben Gattung. Art. 42. ist somit endlich angenommen. Art. 45. (Art. 44. ist bereits erledigt) handelt von der Dauer des Amts des Präsidenten und stellt dieselbe auf vier Jahre fest. Kerdrel trägt darauf an, daß man ihn zwei Male hintereinander wählen könne. Er wird aber nicht gehört, und endlich von der Bühne herabgetrommelt. Er ist sehr ärgerlich und protestirt durch den Tumult. Art. 45. wird angenommen und die Sitzung um 6 Uhr geschlossen.

— Im heutigen Moniteur liest man: „Ein Blatt meldet auf die Autorität eines Londoner Journals, daß die Herzogin von Berry neulich mehrere Tage in Paris zugebracht, und daß die Polizei, obwohl sie von deren Aufenthalt wohl unterrichtet gewesen, sich darauf beschränkt hätte, sie zu beaufsichtigen. Der erste Theil dieser Nachricht ist unwahr, der zweite abgeschmackt.“ Ferner: „Mehrere Blätter erwähnen einer angeblich vollzogenen Auslieferung von sechs Deutschen, die sich in Folge der letzten Frankfurter Ereignisse nach Straßburg geflüchtet und die den Behörden ihres Vaterlandes überliefert worden seien. Eine solche Auslieferung hat nicht stattgefunden.“

Schweiz.

Vom Zürichsee, den 5. Oktober. Zu der Aufregung, in welche der Canton Freiburg durch das Kreisschreiben des Bischofes, worin derselbe vor dem Verfassungseide als einem religionsgefährlichen warnt, versetzt ist, kommt nun noch ein sehr triftiger materieller Grund: das berüchtigte Contributions-Decret vom 20. Mai nämlich soll nun wirklich vollzogen und die erste der fünfjährlichen Raten desselben eingezahlt werden; der Staatsrath vertheilte ganz willkürlich die vom Gr. Rathe verlangte Contribution von 1,600,000 Fr. unter 310 Personen, unter denen Frauen, die seit langen Jahren landesabwesend, so wie nahezu die Hälfte sämmtlicher Gemeinden des Cantons; die Beiträge Einzelner, wie der Familie Maillardoz, steigen auf die Summe von 200,000 Fr.; Andere sind zu 80,000, 60,000, 30,000 Fr. u. s. w. verurtheilt, versteht sich, ohne daß die Gerichte sich damit befaßt hätten. Es ist in der That begreiflich, daß ein solches Regiment sich die Liebe seines Volkes nicht zu erwerben vermag, und daß es die einzige Garantie seiner Existenz in den Waadtländer und Berner Bayonetten findet. — In St. Gallen und in der Waadt hat man die Wahlen für den Ständerath schon getroffen; dort fiel die Wahl auf Näff und Steiger, hier auf Briatte und Wenger, nachdem Druey die Ernennung ausgeschlagen. Sehr verschieden ist der Wahlmodus für die Nationalraths-Wahlen in Bezug auf die Wahlbereiche: Wallis, Graubündten, Thurgau u. s. w. stellen so viele Wahlkreise auf, als sie Repräsentanten zu ernennen haben; andere, wie Zürich, Bern, Waadt, St. Gallen u. s. w., bilden Wahlkreise mit 2—4 Repräsentanten; noch andere endlich, wie die kleinen Cantone, von den mittleren Solothurn, Genf u. s. w, von den großen Aargau (mit neun Repräsentanten), haben sich für einen einzigen Wahlkreis entschieden, so daß bei ihnen eine etwaige auch noch so bedeutende Minderheit durchaus ohne Vertretung bleibt, ein Verfahren, das auf Billigkeit und Unparteilichkeit gewiß keinen Anspruch machen kann. — Die Französische Gesandtschaft hat die Beschwerde des Vororts über die hohen Taxen für Legalisationen und Paß-Visa einfach mit der Bemerkung zurückgewiesen, dieselben seien gemeinschaftlich für alle Gesandtschafts-Kanzleien festgesetzt und eine Ausnahme zu Gunsten der Schweiz nicht zulässig. Früher geschahen die obigen Verrichtungen gratis.

Cholera.

Posen, den 14. Oktober. Von gestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 53 Personen, gestorben 30.

Marktberichte.

Berlin, den 13. Oktober.
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 61—66 Rthlr. nominell; Roggen loco 29—31 Rthlr., p. Okt/Novbr. $28\frac{1}{2}$ à 28 Rthlr, Nov/Dez. $29\frac{1}{2}$ à 29 Rthlr. nominell, p. Frühjahr 82pfd. $32\frac{1}{2}$ à 32 Rthlr. Br.; Gerste, große, loco 28—30 Rtlr., kleine 26 à 25 Rthlr; Hafer loco nach Qual. 17—18 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. 18 à 17 Rthlr., p. Herbst 17 à $16\frac{1}{2}$; Erbsen, Kochwaare 40 à 38 Rthlr., Futterwaare 36—37 Rthlr.; Rüböl loco $11\frac{1}{2}$ Rthlr. Br. u. bez.; p. Okt./Novbr. $11\frac{1}{2}$ à $11\frac{5}{12}$ Rthlr., Nov./Dec. dto, Dec./Jan. dto., Jan./Febr. $11\frac{7}{12}$ à $11\frac{1}{2}$ Rthlr., Febr./März dito, März/April dto., April/Mai $11\frac{7}{12}$ Rthlr. Br. u. bez.; Leinöl loco 10 Rthlr., Lieferung $9\frac{2}{3}$; Spiritus loco ohne Faß $14\frac{7}{8}$ à $14\frac{3}{4}$ Rthlr. verk., mit Faß $14\frac{1}{2}$ nomin. p. Okt., Okt/Nov., Nov./Dez. $14\frac{1}{4}$ Rthlr. verk., p. Frühj. $16\frac{1}{4}$ Rthlr. G. $16\frac{1}{3}$ bez.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Ob es Deutschland ungestraft hingehen lassen wird, daß im Widerspruche mit dem Oesterreichischen Reichstage, Jelachich, Kroatischer Parteigänger oder nach der neuesten unkonstitutionellen Ernennung, Oberkommandant des Ungarischen Heeres, mit seinen Kroatischen Horden Deutschen Boden betritt und vielleicht die Deutsche Stadt Wien beschießt und plündert?

Die heut Nacht 2 Uhr glücklich erfolgte Entbindung meiner lieben Frau, Henriette, geb. von Salzmann, von einem gesunden Mädchen, beehre ich mich meinen Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung hiermit anzuzeigen.
Posen, den 14. Oktober 1848.

R. Körber.

Heute Nachmittag um $\frac{1}{2}$ 3 Uhr verschied an der Cholera unsere innig geliebte Mutter, die verwittw. Reg.-Sec. Friederike Schmiede geb. Scheffler; dies zeigen wir, um stille Theilnahme bittend, tief betrübt an. Posen, den 14. Okt. 1848.

Die hinterbliebenen vier Geschwister.